

Datenbestände aus der Vollzugsautomation in der Kommunalverwaltung Nordrhein-Westfalens - ein Überblick

Naumann, Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Naumann, U. (1984). Datenbestände aus der Vollzugsautomation in der Kommunalverwaltung Nordrhein-Westfalens - ein Überblick. In W. Bick, R. Mann, & P. J. Müller (Hrsg.), *Sozialforschung und Verwaltungsdaten* (S. 71-104). Stuttgart: Klett-Cotta. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-331088>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Datenbestände aus der Vollzugsautomation in der Kommunalverwaltung Nordrhein-Westfalens — Ein Überblick

1. Vorbemerkung: Phasen der Automation im öffentlichen Bereich

Die öffentliche Verwaltung als Handlungssystem, das bindende Entscheidungen anfertigt (Niklas Luhmann¹), die sich als Mitteilung des Ergebnisses einer Informationsverarbeitung darstellen, hat spätestens seit den frühen 50er Jahren anstelle der (ursprünglichen) Hoheitsverwaltung alle Züge einer Leistungsverwaltung angenommen. Aus dieser Aufgabenerweiterung ergab sich ein steigendes Volumen an Datenbeständen und Datenbewegungen aus Handlungen und Entscheidungen der Leistungsverwaltung.

Um die Ansprüche an diese Leistungsverwaltung auch und gerade unter langfristigen Aspekten zu lösen, wurde — unter dem Druck hohen personellen Aufwandes — nach Möglichkeiten der Verwaltungsrationalisierung gesucht: Verwaltungsrationalisierung geriet zur Verwaltungsautomation, zunächst im vollziehenden Bereich — damit beginnt zugleich die Produktion maschinenlesbarer Individualdaten; sie decken Handlungsfelder von Personen ab, soweit dabei das Geflecht der Institutionen berührt ist und „soziale Buchführung“ induziert wird².

Am Beginn der Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung — in den frühen 50er Jahren in den USA, etwa ein Jahrzehnt später in der Bundesrepublik — entstand sogleich die *erste Stufe* der integrierten Datenverarbeitung. Sie führte einzelne Aufgaben über Gemeinsamkeiten und/oder Berührungspunkte in der Datenbasis zusammen — im Haushalts- und Kassenwesen, im Personalwesen, im Einwohnerwesen und dergleichen mehr. So entstanden zunächst „Insellösungen“³.

In einer *zweiten Stufe* werden dann verschiedene bereichsinterne („insulare“) Informationssysteme zu integrierten Informationszentren zusammengeführt. Unter dem

-
1. Luhmann, N., *Theorie der Verwaltungswissenschaft*, Köln und Berlin 1966.
 2. Bick, W. und P. J. Müller, *Probleme der Nutzung prozeß-produzierter Daten*, BMFT - Forschungsbericht ID 82-001, Eggenstein-Leopoldshafen 1982, S. 17 ff.
 3. Eine solche „Insellösung“ im hier gemeinten Sinn war auch die Anweisung von Dienst- und Versorgungsbezügen für alle städtischen Dienstkräfte, mit der unter Zuhilfenahme von Lochkartenmaschinen die Mechanisierung der Vollzugsaufgaben in Köln 1928 ihren Anfang genommen hat (vgl. dazu Stadt Köln. Der Oberstadtdirektor, Hauptamt — Zentrale Datenverarbeitung (Hrsg.), Stadt Köln, 50 Jahre ADV, Köln 1978, S. 5).

Schlagwort „integrierte Datenverarbeitung“ wurden weitgehend unabhängig voneinander, d. h. nur mit im Ansatz vorhandener Kooperation, kommunale Datenzentralen entworfen, realisiert, umgebaut, neukonzipiert, erweitert und erneut modifiziert: muddling trough auf der Suche nach der wirklich rationellen Lösung. Dennoch wurden vereinheitlichte Strukturen von kommunalen Informationszentren erkennbar; die KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung) etwa faßte automatisierbare Aufgaben 1970 in einem Funktionskatalog mit Funktionsgruppen zusammen⁴.

Die *dritte Stufe* bringt dann, wiederum vorerst in den USA, Informationsnetze, in denen eine Vielzahl kleiner und fachbezogener, vollzugsorientierter Informationssysteme über eine zentrale Rechenanlage miteinander koordiniert werden und kommunizieren können⁵.

In der Bundesrepublik wurden in dieser Phase die einzelnen Funktionsgruppen der operierenden Ebene miteinander verzahnt. Von hier aus war es nur noch ein kleiner Schritt zur Nutzbarmachung der automatisierten Vollzugsregister für die planende und entscheidende Ebene der Kommunalverwaltung: Kommunale Parlamente und Exekutiven mußten sich in zunehmendem Maße bei der Entwicklung und Realisierung politischer Zielvorstellungen auf immer komplexere und differenziertere Planungen stützen — und dies bei allgemein unzureichenden Unterlagen. Dies abzustellen, bot die ADV die technischen Voraussetzungen mit der heute möglichen Speicherung großer Datenmengen, dem schnellen Zugriff, der für Planungszwecke unerläßlichen Kombination von Daten aus den verschiedensten Quellen und ihrer Weiterverarbeitung in der jeweils gewünschten Form.

Wiederum zuerst in den USA entstanden Anfang der 60er Jahre Planungsdatenbanken; in engem Konnex mit der Vollzugsautomation schien nun etwa eine Art laufender städtebaulicher Bestandsaufnahme möglich zu werden, indem einfach aus den Datenbanken des Vollzuges planungsrelevante Komplexe, die nur irgendwie für Planungs- und Entscheidungsebenen von Nutzen zu sein oder zu werden schienen, übernommen worden sind.

Indessen: Mit den umfangreichen Datenbeständen, die in vielen Fällen ohne jede problembezogene und vorgeschaltete Relevanzprüfung, auf Verdacht gewissermaßen aus Vollzugsdatenbanken in Planungsdatenbanken übernommen worden waren, konnten die Adressaten der fraglos ambitionierten Bemühungen: die Planer, so recht nichts anfangen. Sie vermochten nur selten, die zusammengetragenen Daten begrifflich zu ihren Informationsbedürfnissen in Beziehung zu setzen, einfach deswegen nicht, weil „Daten, die aus Vorgängen des Verwaltungsvollzuges hervorgehen, sich meist nur schwer für andere Zwecke verarbeiten lassen, kaum auf Planungsfragen bezogen werden können und fast nie in der Form sind, wie sie die Stadtplanungsabteilung gerade braucht“.⁶ In den USA verlosch die angeheizte Dateneuphorie der pla-

4. vgl. dazu Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), Rundschreiben Nr. 1/1970.

5. vgl. zu den Einzelheiten Fehl, G., Informationssysteme, Verwaltungsrationalisierung und die Stadtplaner, Taschenbücher des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung e. V., Band 13, Bonn 1971, S. 21 ff.

6. US Department of Housing and Urban Development (HUD), Urban and Regional Information-Systems (URIS): Support of Planning in Metropolitan Areas, Washington D. C., 1968, part 4, p. 60.

nenden und entscheidenden Ebene sehr schnell, als man erkannte, daß auch eine Planungsdatenbank zunächst nichts anderes liefert als Daten, wo man bessere Informationen erwartet hatte und nun aus diesem Mehr an Daten erst Informationen gewinnen mußte. Was also vorfindlich war, stellte sich dar als eine Art „automatisiertes Datenöderland“, irgendwo zwischen der Vollzugsebene der Verwaltung und den Bedürfnissen der Planung⁷.

Die *vierte Stufe* der integrierten Datenverarbeitung in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch eine Integration des Planungs- und Führungsbereichs. Es entstanden, als Summe aller Bemühungen, Ansätze zu Informationssystemen, die horizontal durch Verknüpfung der Funktionsbereiche auf der operierenden Ebene Datenaustausche und -verknüpfungen erlauben und darüber hinaus durch eine entsprechende vertikale Integration den Informationsbedarf der planenden und führenden Ebene zumindest unterstützen können.

In Berlin war die entscheidende Weichenstellung über eine politische Aussage bewirkt worden: *alle Daten*, die im Verwaltungsvollzug anfallen und in irgendeiner Form auf elektronischen Datenträgern festgehalten werden, sollen für Planungszwecke mobilisierbar sein — also als höherwertigeres Informationspotential aktivierbar gehalten werden.

Indessen: Ein allein „datenorientierter“ Ansatz bei der Entscheidung, welche Datenbasis aufgebaut, aktualisiert und erweitert (verkürzt) werden soll, und zwar ohne Bezug auf eine konkrete Nachfrage, droht „Datenfriedhöfe“ zu erzeugen.

Da nun aber bei fortschreitender Verwaltungsautomation ein auf die jeweilig zu automatisierende Funktion der Verwaltung abgestellter „datenorientierter“ Ansatz ohnehin Platz greifen muß, ergibt sich für den Aufbau der zur Abstützung von Planungs- und Führungsentscheidungen vorgesehenen Dateien die Möglichkeit des problemorientierten Ansatzes.

Danach werden pragmatisch — und diese Verfahrensweise läßt sich durchgängig beobachten — drei Datengruppen unterschieden:

– *potentiell planungsrelevante Daten*

das sind alle zu den individuellen Grundeinheiten der Verwaltung — Personen, Unternehmen, Grundstücke, Haushaltsstellen — in operierenden Registern gespeicherte Daten.

Es ist, wie schon ausgeführt, sicherzustellen, daß jederzeit eine problemsprechende Auswahl, Gruppierung und weitere Verarbeitung dieser Individualdaten vorgenommen werden kann. d.h. bei Bedarf (entsprechenden Fragestellungen) kann dieses Material herangezogen werden.

– *wahrscheinlich planungsrelevante Daten*

das sind gleichfalls Daten in operierenden Registern, d.h. hier ist eine absehbare Nachfrage gegeben und es sollen deshalb periodisch Abzüge dieser Daten mit einheitlichen Identifikatoren erstellt werden.

– *bestimmt planungsrelevante Daten*

sind hingegen solche, die in verschiedenen Kombinationen und Aufbereitungen, Gliederungen und Zeitfolgen schnell und häufig von verschiedenen Benutzern gebraucht werden.

7. Kraemer, K. L., The Evolution of Information Systems for Urban Administration, in: Public Administration Review, August 1969, p. 360.

Eine *fünfte Stufe* schließlich war gekennzeichnet durch Ansätze zu einer überregionalen Verwaltungsintegration. In dieser Zeit haben die meisten Bundesländer ADV-Organisationsgesetze erlassen. Dahinter stand die Zielvorstellung eines Datenverbundes.

Die KGSt entwickelte Ende der 60er Jahre ein Verbundmodell Gemeinsamer Kommunalen Datenverarbeitungszentralen. Dabei sollten sich auf der Ebene eines oder mehrerer (Land-) Kreise die Gemeinden zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Gebietsrechenzentrums zusammenschließen. Dieser Verbundgedanke über örtlich abgegrenzte Verwaltungseinheiten hinaus setzt sich dann fort über das Ziel der Landesinformationssysteme, die eine Zusammenarbeit des Kommunal- und Landesbereichs anstreben und führten letztendlich zur Einbeziehung des Bundes und zu einem alle Verwaltungsebenen umfassenden Datenverbund⁸.

Die Organisation der integrierten, flächendeckenden Datenverarbeitung im öffentlichen Bereich Nordrhein-Westfalens ist im ADV-Organisationsgesetz NW vom 12. 02. 1974⁹ geregelt. Es ist ein Verbund über die Kommunalen Datenverarbeitungszentralen und zwei Datenverarbeitungszentralen der Landschaftsverbände, zwei gemeinsame Gebietsrechenzentren (Köln und Hagen) mit der Landesdatenverarbeitungszentrale Nordrhein-Westfalen, angesiedelt im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, konstruiert. Mit dieser wiederum, teils direkt, teils indirekt, kommunizieren über das Hochschulrechenzentrum bzw. verschiedene Fachrechenzentren der Landtag, der Landesrechnungshof und die Fachministerien des Landes Nordrhein-Westfalen.

2. Zur Frage der Einbeziehung prozeß-produzierter Daten aus dem Vollzugsbereich in den Planungs- und Entscheidungskontext

Von der dritten Stufe der integrierten Datenverarbeitung an sind, wie dargestellt, prozeß-produzierte Daten aus dem Vollzugsbereich immer stärker in den Planungs- und Entscheidungskontext einbezogen worden. Soweit die universitäre, die Forschung in kommerziellen Instituten und jene in der Verwaltung (Stadtforschung) selbst etablierte Forschung im kommunalen Planungs- und Entscheidungskontext tätig wurde, ist auch hier zunehmend mit diesem Material gearbeitet worden — und es gibt guten Grund anzunehmen, daß diese Datenbasis langsam aber stetig ihren Platz in einer an Methoden und Datenbasen vielfältiger gewordenen Sozialforschung einnehmen wird.

Diese Daten stammen aus der sozialen Buchführung eines engmaschiger gewordenen Behördengeflechts. Sie sind als bedeutsame Teilmenge recht früh — namentlich

8. von Berg, M., Methodische und organisatorische Probleme beim Aufbau von Informationssystemen in der Kommunalverwaltung, in: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), Bericht über die 72. Tagung in Mainz, Mainz/Bad Ems 1973, S. 34.

9. GV NW 1974, S. 66/SGV NW 2006.

Zu den früheren Lösungsansätzen oder Lösungskonzepten in anderen Bundesländern vgl. Fehl, G., Information ist alles ... Anmerkungen zu staatlich-kommunalen Informations-Verbund-Systemen in der BRD, in: Fehl, G., M. Fester und N. Kuhnert (Hrsg.), Planung und Information, Materialien zur Planungsforschung, Bauwelt-Fundamente 34, Gütersloh 1972, S. 264 ff.

von der historischen Sozialforschung und der Politikforschung — ausgemacht worden.

Sie entstehen aber nicht im Rahmen einer Datenerhebung, die im Planungs- und Entscheidungskontext eigens auf der Grundlage des sozialwissenschaftlichen methodischen Instrumentariums konzipiert, durchgeführt und kontrolliert wurde, sondern anlässlich der Abwicklung von Verwaltungsvorgängen, sind also in einem anderen, fremden Kontext gesammelt worden.

Soweit dieser (maschinenlesbare) Datentyp in einem hochrangigen Verwertungszusammenhang benutzt wurde oder benutzt werden sollte, stellte sich, spätestens auf der dritten Stufe der integrierten Datenverarbeitung, heraus, daß dessen spezifische Produktionsbedingungen eben diese Verwertung einschränkten:

- Einsichtig wurde sehr bald, daß die Daten für den Verwaltungsvollzug in einem durch Gesetze, Verordnungen, Vorschriften genau determinierten (inhaltlichen) Rahmen entstanden und allein begrifflich nicht mit den in höherem Verwertungszusammenhang entstandenen Bedürfnissen in Übereinstimmung zu bringen waren.

Dieser Rahmen ließ sich zumeist nur äußerst schwierig erweitern, hatte also nur wenig Platz für Merkmale, die im Planungs-, Entscheidungs- und Forschungszusammenhang wichtig gewesen wären.

- Die Erfassung zusätzlicher Merkmale gemäß den Notwendigkeiten aus diesem Anwendungsfeld hat, sowohl im Hinblick auf kleinräumliche als auch weitere sachliche Merkmale, wenn überhaupt, nur partielle Erfolge gezeitigt: Zumeist scheiterten solche Intentionen an der Eigendynamik der Vollzugsverwaltungen.

- Klar wurde auch, daß sich neben der vom Vollzug aus inhaltlichen Determinierung mit der Folge begrenzter weiterer Verwertbarkeit auch Verhaltensweisen, Sachbearbeiter- und Teilbereichsstrategien und der organisationelle Kontext auf die Daten auswirken¹⁰ würde und sich dieses Faktorenbündel in seinem Einfluß nicht quantifizieren läßt.

- Alle die Systeme und deren output, nämlich durch ADV gewonnene Auswertungen, brachten nur Entscheidungshilfen, Informationshintergründe auf der Basis formaler Informationsquellen, nämlich Dateien. Dies war geeignet, Planungs- und Führungsentscheidungen auf eine objektivere Grundlage zu stellen.

Planungs- und Führungsentscheidungen sind, was sich im Gegensatz zu den Behauptungen der Technokraten sehr bald erwies, nicht berechenbar; der ADV-Einsatz beschränkte sich hier deshalb auf eine unterstützende Funktion, denn: Aus empirischen Daten — und seien sie mit noch so komplexen Methoden ausgewertet — läßt sich kein Sollen ableiten; aus der Betrachtung der Realität sind jedenfalls logisch keine Sollensnormen herzuleiten, das notwendige Zwischenglied bleibt inhaltlichen Wertungen vorbehalten. Deutlich wurde das, wo die Konstrukteure „höherwertigerer“ Informationssysteme zwischen Euphorie und sehr pragmatisch-nüchternen Einschätzung des Machbaren und also Erreichbaren schwankten, immer wieder bei allen Versuchen, Überlegungen und Methoden, die sich z. B. in der Systemanalyse für Zwecke der Verwaltungsautomation als zweckmäßig erwiesen

10. vgl. dazu Bick, W. und P. J. Müller, Informationssysteme und Informationsverhalten — Soziologische Grundlagenforschung für eine Informationspolitik, BMFT ID 1979-01, Eggenstein-Leopoldshafen 1979.

haben, auf eine Unterstützung für die Planungsaktivitäten zu übertragen. Man hatte eine sehr starke Rationalität und Formalisierbarkeit des Planungsprozesses ad hoc unterstellt und dabei vergessen, daß nicht so sehr Informationen, sondern zunächst einmal ein Wertesystem das Planungsgeschehen bestimmt. Planung erwies sich immer wieder als verbunden mit divergierenden Interessen und es kam darauf an, eine Lösung zu finden, die praktisch das Einvernehmen zwischen Beteiligten und Betroffenen herbeiführt. Die Informationen, die in diesem Zusammenhang benötigt werden, waren und sind fraglos von großer Bedeutung, sie sind aber lange nicht allein entscheidend¹¹.

Stellvertretend für die Summe der gemachten Erfahrungen bei der Einbeziehung prozeß-produzierter Daten in höherwertige Verwertungszusammenhänge können die Kölner Erfahrungen genannt werden. Das Ergebnis der Bemühungen mußte wie folgt zusammengefaßt werden:

„Ursprünglich haben wir angenommen, die Daten für die Informationsgewinnung müßten aus dem riesigen Datenreservoir der Verwaltungsautomation zu entnehmen sein. Dies war geradezu die Hauptsäule in dem ersten gedanklichen Entwurf. Diese Säule ist jedoch schwach geblieben und trägt wenig. Es ist die Ausnahme, nicht die Regel, wenn Daten der Verwaltungsautomation für Informationszwecke benutzt werden können. Die Ursachen liegen im Inhalt und in der Speicherung. Der Inhalt von Daten der Verwaltungsautomation wird genau definiert nach den Zwecken und Gesetzen, die das jeweilige Verwaltungsgeschehen beherrschen, also z. B. dem Melderecht, dem Haushaltsrecht, dem Bauordnungsrecht.

Der Planer braucht in der Regel jedoch andere Dateninhalte. Ihn interessieren an Grundstücken meist andere Merkmale als die, die im Liegenschaftskataster gespeichert sind, und den Gewerbebetrieb betrachtet er eher als wirtschaftliche Einheit, nicht jedoch als Steuerschuldner. Das bedeutet nicht, daß Daten der Verwaltungsautomation für Planungszwecke schlechthin unbrauchbar wären. Einiges ist zu gebrauchen, anderes kann mit Ergänzungen nutzbar gemacht werden“.¹²

3. Zur Situation in Köln

Die Übersicht 1 zeigt anhand des Gliederungsplanes der Stadtverwaltung Köln, in welchen Ämtern Verfahren für den Vollzug, oftmals aber auch für Planungs- und Führungsentscheidungen, laufen bzw. geplant, entwickelt bzw. umgestellt werden.

In der Übersicht 2 wird ein Gesamtbild aller DV-Anwendungen gegeben; sie sind, wie sofort erkennbar ist, vorwiegend auf den Vollzug orientiert.

11. Appel, G., Konzeptionelle Gedanken der Struktur- und Planungsdatenbank Berlin, in: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), Bericht über die 76. Tagung in Berlin 1976, Berlin 1977, S. 116 und 117.

12. Bundesministerium für Forschung und Technologie, Datenverarbeitung für die kommunale Planung, bearbeitet von DATUM e.V., Siemens AG, Stadt Köln, BMFT — FB DV 74-03, Leopoldshafen 1974, S. 7.

dazu auch Arbeitsgruppe Planungsinformationssysteme, Empfehlungen zu ausgewählten Detailproblemen beim Aufbau von Planungsinformationssystemen, 3. 9. 1979, mimeo, These 2, S. 6.

Zu den Dateninhalten sollen diese skizzenhaften, nur wenige Beispiele herausgreifenden Ausführungen genügen:

(1) Die Einwohnerdatei enthält als Merkmale, die sich in höherwertigem Verwendungszusammenhang erschließen lassen, u. a. folgende

- Fallart (Ereignisart), Identifikationskennzeichen (mit Geburtsdatum als zentralem Bestandteil), Identifikationskennzeichen für Bezugspersonen (Mutter bei der Geburt; bei Tod, Heirat, Scheidung den (überlebenden) Ehegatten), Ereignisdatum, Familienstand, Nationalität, Konfession, Staatsangehörigkeit, Beruf, Gemeindekennziffer/Staatschlüssel (bei Zuzug bzw. Wegzug), Anschriften (regionale Einheit, Straßenschlüssel, Haus-Nr.), Datum der letzten Familienstandsänderung.

Diese Daten werden für analytische Zwecke ergänzt durch die Todesursache (beim Sterbefall), Selbstmordmotiv, Geburtenfolge, Mehrlingsgeburt und Anzahl der Geschwister mit anderem Geschlecht.

Aus dieser Datei lassen sich zahlreiche Bevölkerungsinformationen gewinnen — und zwar im Wege der Bestandsanalyse und der Analyse von Veränderungen des Bestandes (Geburten, Todesfälle, interne und externe Wanderungen).

Da das deutsche Melderecht, was im wesentlichen den Inhalt dieser Datei determiniert, den Haushalt als Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft nicht kennt, lassen sich Daten zum Bestand und zur Bewegung von Haushalten allenfalls annäherungsweise gewinnen.

(2) Dateien aus dem Vollzug des Baugenehmigungs- und Fertigstellungsverfahrens haben bis zum Jahresende 1978 fast ausschließlich quantitative Merkmale enthalten — nämlich:

- Lage des Vorhabens und Datum von Genehmigung, Fertigstellung, Abgang; Baujahr; Gebäudeart; Neu- oder Wiederaufbau; Umbau eines ganzen oder Baumaßnahme an einem bestehenden Gebäude; Teil- oder totaler Abgang; umbauter Raum; Nutzfläche und Wohnfläche; Zahl der Wohnungen im Gebäude, unterschieden nach der Raumzahl; Räume nach der Fläche; einige heizungs- und sanitärtechnische Ausstattungsmerkmale; Tatbestand der öffentlichen Förderung; veranschlagte reine Baukosten (ohne Grundstücks- und Erschließungskosten).

Damit ließ sich ein mehr „quantitatives Informationsnetz“ für das Baugeschehen knüpfen, das aber infolge des beschriebenen Merkmalsspektrums manche Fragestellungen nicht zuließ und insofern im höheren Verwertungszusammenhang nur begrenzt brauchbar war.

- keine optimale Abstimmung der Merkmale aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und der Bautätigkeitsstatistik zwecks Fortschreibung;
- Fehlen des Baujahres bei Abbrüchen;
- keine Fortschreibungsmöglichkeiten für Eigentumswohnungen;
- keine Eigentümerkategorisierung des fortgeschriebenen Bestandes;
- wenig qualitative Merkmale;
- sachlich/räumlich nicht ausreichende Auswertung durch die Landesämter, deshalb zu wenig Aufschlüsse zum Baugeschehen im großstädtischen Umland;
- kaum Möglichkeiten einer räumlich/sachlichen Segmentierung der Angebotsmenge, z. B. in freifinanzierten Altbauten, freifinanzierten Neubauten, nur —

allerdings (vgl. dazu (3)) nicht ohne (zusätzlichen) Rückgriff auf Vollzugsdaten
— Ausgrenzung der öffentlich geförderten Wohnungen.

Das reformierte Merkmalspektrum aus dem Vollzug enthält aber seit Jahresende 1979 zahlreiche Merkmale, die eine dringend notwendige Verbesserung der qualitativen Beurteilungen des Baugeschehens ermöglichen.

- Lagekriterien der Grundstücke nach förmlich festgelegten Sanierungsgebieten, Ersatz- bzw. Ergänzungsgebieten, städtebaulichen Entwicklungsbereichen, nach Geltungsbereichen qualifizierter Bebauungspläne, im Zusammenhang von Ortsteilen mit oder ohne einfachen Bebauungsplan;
- Nutzungsarten gemäß Baunutzungsverordnung;
- an zusätzlichen, mehr qualitativen Merkmalen: Größe des Zugangs nach Grundstücksfläche, Grundfläche, Geschoßfläche, Zahl der Vollgeschosse; eine vertiefte Größengliederung der Räume (Zimmer und Küchen), eine detaillierte Bauherrengliederung; Haustyp, Art der Konstruktion, überwiegend verwendeter Baustoff, Unterkellerung und Abwasserablauf; Art der Beheizung, Heizenergie, Klimaanlage; nachgewiesene Pkw-Stellplätze.

- (3) Eine Vollzugsdatei der öffentlich geförderten Wohnungen in Köln enthält in ihrem Gebäudeteil

Lage des Objektes (Straße, Haus-Nr.), Zahl der Wohnungen; Baujahr; Art der Förderung; Mietangaben; Länge der Bindungsfrist
und im damit verknüpfbaren Wohnungsteil

Lage der Wohnung; Fläche; Raumzahl; Küche; Ausstattung mit Bad/Dusche; Heizungskriterien; Art der Wohnung; augenblicklicher Nutzer mit Einzugsdatum und Zahl der Personen zum Zeitpunkt des Einzuges.

Diese Datei, entwickelt zur Bestands- und Besetzungskontrolle der öffentlich geförderten Wohnungen, ist in einigen Aspekten Beispiel für eine bei der Konzeption erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Vollzug und jenen Ämtern, die Belange von Planung und Entscheidung (mit)vertreten.

- (4) Eine konzipierte Vollzugsdatei der kommunalen Wohnungsvermittlung enthält u. a. folgende Merkmale

Größe des eine Wohnung suchenden Haushalts; augenblickliche Wohnung und Wohnsituation; sozialökonomische Struktur des Haushalts; Staatsangehörigkeit; Grund des Wohnungswechsels.

Zur gewünschten Wohnung: Größe nach Räumen, Fläche; nach Lage und Mietzahlungsbereitschaft.

Die Übersicht 3 gibt in Ergänzung dazu einen informierenden Überblick darüber, in welchen Anwendungsfeldern des Funktionskatalogs der KGSt von 1978 KDN-Mitglieder (Kreis der Siemens-Anwender) Automationsvorhaben realisiert haben.

4. Einige Thesen als Summe der Erfahrungen mit der Verwendung prozeßproduzierter Daten im Planungs- und Entscheidungskontext

These 1:

Mit einer zunehmenden Komplexität der gesamtgesellschaftlichen Realität wächst der Bedarf an qualifiziert erzeugter Information zur Unterstützung von Planungs- und Führungsentscheidungen.

Das ist eine zunächst ganz generelle Feststellung; obwohl sie als unbestritten gelten kann, wird sie hier wiederholt.

Diese Information kann auf der planenden und führenden Ebene der Kommunalverwaltung in eigens dafür eingerichteten Ämtern, Stellen — sie können in die Linienorganisation eingebunden oder als Stäbe angesiedelt sein — beschafft werden. Dies kann aber auch seitens der Sozialforschung oder in Zusammenarbeit mit ihr erfolgen.

Diese notwendig zur Unterstützung von Planungs- und Führungsentscheidungen zu beschaffende Information, eine Art informationeller Hintergrund zunächst, ist nicht ex ante qualifiziert, also den gerade gegebenen und zu beantwortenden Fragestellungen angemessen; ob die (am Ende aller komplexen Prozesse der Auswertung, Verdichtung, Analyse, Darstellung und Vermittlung) gelieferte Information relevant war, stellt sich erst ex post heraus: ist es doch im Prinzip der Planung und Entscheidung angelegt, ein Problem durch Sichtung, Strukturierung, Lösungsvorschläge und Konfrontation erst begrifflich so faßbar zu machen, daß eine Lösung im politischen Bereich dafür gefunden werden kann.

These 2:

Die geschilderten Produktionszusammenhänge der Vollzugsdaten machen die Entwicklung einer Kunstlehre für deren Verwendung erforderlich.

Zur Abbildqualität liegen zur Zeit zu wenig und wenn, dann nur unverbundene Aussagen vor. Hier kann eine Instanzenforschung ebenso weiterhelfen wie eine am Klienten orientierte Sozialforschung zum Thema Bürger und Verwaltung. Die Kunstlehre sollte zum Ziel haben, zu gewährleisten, daß mit prozeß-produzierten Daten trotz deren Fehlerhaftigkeit ohne Fehler gearbeitet werden kann, d.h. einen Grad der Beherrschbarkeit zu erreichen, wie er für selbstproduzierte Daten inzwischen erreicht werden konnte.

Im Ergebnis müßte eine Datenkunde für prozeß-produzierte Daten entwickelt werden, die sicheres Arbeiten mit „imperfekten“ Daten ermöglicht in der Richtung, daß hierbei Meßwerte entstehen, die als Indikatoren in der sozialwissenschaftlichen Forschung einen interessierenden Sachverhalt mehr oder weniger scharf abbilden.

These 3:

Es ist prinzipiell der Grundsatz zu befolgen, daß *alle* Daten, die im Verwaltungsvollzug anfallen und in irgendeiner Form auf elektronischen Datenträgern festgehalten werden, für Zwecke der Planung, Entscheidung, der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung mobilisierbar sein sollen.

Alle Daten müssen demnach als prinzipiell höherwertiges Informationspotential angesehen werden, oder anders: der Informationsaspekt ist bei ihrer Sammlung, Strukturierung, Erfassung, Speicherung, Pflege immer zu sehen, damit a priori keine irgendwann nötigen Wege der „höherwertigeren“ Nutzung verbaut werden; Daten aus allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensbereichen müssen ständig aktiviert werden können, da, je nach Problemlagen und Fragestellungen, andere oder neue Kombinationen von Daten erforderlich werden können.

Der Informationsaspekt für Planung, Entscheidung und Forschung muß auch bei allen künftigen Umstellungen von „Karteien“ auf „Dateien“ a priori beachtet werden.

Insbesondere wäre die Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse stark eingeschränkt, wenn die Forschung Daten aus dem Verwaltungsvollzug, zumal des kommunalen Bereichs, nicht hinzuziehen könnte.

Dabei sollte, in Verbindung von datenorientiertem und fragenorientiertem Ansatz unterschieden werden nach folgenden Daten für Planung, Entscheidung, Grundlagenforschung und angewandte Forschung:

- *potentiell brauchbare Daten*

(alle zu den individuellen Grundeinheiten der Verwaltung — Personen, Unternehmen, Grundstücke, Haushaltsstellen — in operierenden Registern gespeicherte Daten)

- *wahrscheinlich brauchbare Daten*

(Daten in operierenden Registern, d. h. hier ist eine absehbare Nachfrage gegeben, deshalb werden periodisch Abzüge solcher Daten mit einheitlichen Identifikatoren erforderlich sein)

- *bestimmt brauchbare Daten*

(dies sind solche, die in verschiedenen Kombinationen und Aufbereitungen, Gliederungen und Zeitfolgen schnell und häufig von verschiedenen Benutzern gebraucht werden)

These 4:

Die mangelnde Austauschfähigkeit und Auswertbarkeit von Daten, die bei der Automatisierung von Verwaltungsabläufen anfallen, beruhen in der Regel auf der Verwendung unterschiedlicher und oft nicht kompatibler Schlüsselsysteme und Systematiken für identische Sachverhalte.

Zu erstellen sind deshalb wegen der Aufgabenintegration und dem angestrebten rationellen Einsatz der Datenverarbeitung in der Verwaltung — und mit dem Effekt einer flexiblen Nutzung seitens ihrer verschiedenen Ebenen, durch angewandte und Grundlagenforschung: Schlüsselsammlungen, Schlüsselnormierungen, erweiterungsfähige Kataloge zulässiger Schlüssel mit verbindlicher Schlüssel- und Verschlüsselungsvorgabe, Umsteigeschlüssel mit entsprechenden Zuordnungstabellen bzw. Algorithmen, verbindliche Vorgaben einheitlicher Identifikationsmerkmale und Konnektoren, normierte Ver- und Entschlüsselungstabellen sowie Vorgaben von bestimmten einheitlichen Systematiken für gleiche Sachverhalte durch entsprechende Zuordnungstabellen, Standardprogramme zur Ver-, Ent- und Umschlüsselung.

Hier kann fraglos entscheidende Hilfestellung auch von der angewandten Sozialforschung geleistet werden.

Damit wird eine entscheidende, angesichts des gegebenen Zustandes sogar notwendige Vorarbeit geleistet, wenn Daten vergleichbar, kombinierbar und für unterschiedliche Untersuchungszwecke nutzbar gehalten werden sollen.

These 5:

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung für interne und externe Nutzer solcher, wie vorn beschriebener Systeme ist die Dokumentation. Nur dadurch wird gewährleistet, daß eine intensive Nutzung erfolgt.

Die Dokumentation muß umfassen die enthaltenen bzw. aufzunehmenden Daten, Systematiken, Datenquellen, Zeitabschnitte, Maßeinheiten und Methoden. Dies muß in Katalogen oder Benutzerhandbüchern, gedacht als Zugangshilfen, erfolgen.

Besonders zur Spezifikation der über das System verfügbaren Daten sind im System die folgenden Angaben erforderlich:

- Stichwörter;
- Datenquellen;
- Hinweise auf Speicherort und -art;
- Zugriffswege und Methoden;
- Hinweise auf Datenorganisation und Satzaufbau;
- Gliederungen und Systematiken;
- Maßeinheiten und Definitionen;
- Fehlergrenzen;
- Verfügbare Analyse- und Darstellungsprogramme.

These 6:

Bei der Formulierung von Fragestellungen in Antragsformularen und Erhebungspapieren ist die Sozialforschung zu beteiligen, damit wichtige Merkmale in den erforderlichen Ausprägungen erhoben werden können.

Aus einer Kombination der Daten aus der sozialen Buchführung des Vollzuges und von solchen, die durch Sozialforschung im engeren Sinne gesammelt worden sind, ist ein neuer Stil der Sozialforschung entstanden.

Obwohl es zuweilen den Anschein hat, als würden wir mit (statistischen) Daten überschwemmt, weiß die Grundlagenforschung und die angewandte Sozialforschung im Bereich der Hochschulen und auf den verschiedenen Ebenen der Großstadtverwaltung, daß diese Flut erhebliche Lücken in der Unterrichtung über Struktur und Prozesse der Gesellschaft aufweist.

Zum rechtzeitigen Erkennen partieller Entwicklungen reichen Zählungen und Mikrozensen, Rohmaterial der amtlichen Statistik also, was in verregelmäßigem Turnus anfällt, nicht aus; die Datenflut aus dem Verwaltungsvollzug ist aber noch immer zu wenig koordiniert, kaum greifbar, schlecht dokumentiert (vgl. These 5), uneinheitlich (vgl. These 4) und deshalb oftmals nicht geeignet, daraus Informationen für planende und entscheidende Ebenen zu gewinnen bzw. daran sozialwissenschaftliche Fragestellungen festzumachen.

Die Erkenntnisse der Sozialforschung sollten bei der Formulierung der Fragestellungen in Antragsformularen und/oder Erfassungsbelegen einbezogen und insbesondere genutzt werden bei der Fixierung der Frage- und Erhebungsspektren im Rahmen der amtlichen Statistik.

Auf diese Weise läßt sich die (restriktiv auf den Verwertungskontext wirkende) Eigendynamik des Vollzuges abbauen mit dem Ziel der Verbesserung anderweitiger (höherer) Nutzung.

These 7:

Anonymisierte, nach Möglichkeit adressierte Datensätze sollten für die wesentlichen Bestände und Bewegungen für eine lange Zeit gespeichert werden.

Dies ist verwaltungsintern z.B. für sachlich/räumliche Querschnittsanalysen ebenso erforderlich, wie für Belange der (historischen) Sozialforschung. Im Hinblick auf die Miniaturisierung der Elektronik und der Speichermedien ist dies heute kein Platz- und auch kein Kostenproblem mehr.

Eine Speicherung in aggregierter Form (sachlich; räumlich; sachlich/räumlich) kann vorgesehen werden, beschneidet aber später gewünschte Variabilitäten in der Verwendung des Materials sehr erheblich.

In diesem Zusammenhang ist der Aspekt der Datenpflege wichtig: Im Falle von — zumeist — räumlichen Veränderungen sind den Sätzen Gültigkeitsdaten zuzuweisen, so daß historische Konfigurationen später zurückgewonnen werden können (vgl. dazu auch These 8).

These 8:

Formale räumliche Einheiten können von realen (gesellschaftlichen) Einheiten erheblich abweichen.

Im Rahmen der Automation ist dafür Sorge zu tragen, daß ein flexibles räumliches Bezugssystem aufgebaut wird¹³.

Die Dimension Raum spielt im Rahmen einer planenden Großstadtverwaltung eine ganz entscheidende Rolle — und ohne kleinräumliche Bezüge in den Dateien ist eine fragenbezogene Arbeit überhaupt nicht möglich. Diese kleinräumlichen Bezüge sind sehr vielfältig und zum Teil ressortspezifisch.

Regionaler Bezug oder Raumbezug meint zum einen die gegenseitige Zuordnung der Einzelelemente raumgliedernder Kategorien (Punkt, Strecke, Fläche, dreidimensionaler Raum), zum anderen die Zuordnung von Sachdaten zu den Elementen einer beliebigen Region oder des Raumes.

Dies ist so angelegt, daß die Bildung einer hierarchischen Stufenfolge gelingt, und zwar

- (1) In der Vermessungs- und Katasterverwaltung:
Flurstück, Flur, Gemarkung, Stadtgebiet.
- (2) In den Systemen der Stadtforschung und Statistik gibt es abstrakte Gliederungen in Gestalt von Koordinaten; dies eröffnet die Bildung beliebiger, abstrakter räumlicher Muster (Einzugsbereiche, Isobereiche, geometrische Berechnungen, kartographische Layouts).

Es gibt weiterhin hierarchisch aufgebaute topographische Gliederungen dieser Folge: Adresse, Block-Seite, Baublock, statistischer Bezirk, Stadtteil, Stadtbezirk, Gesamtstadt.

Beide Varianten haben nach aller gemachten Erfahrung ihren Stellenwert und wesentlich ist es, zu gewährleisten, daß Referenzdateien die Verknüpfungen Adresse zu Koordinate und Koordinate zu Adresse leisten.

Das Regionale Bezugssystem ist mehr als ein System der kleinräumlichen Gliederung, mehr als ein kleinräumliches und regionales Ordnungssystem. Zu seinen Auf-

13. vgl. dazu Evers, K. und U. Maack, Das regionale Bezugssystem (RBS) als Instrument zur Bereitstellung von Planungsinformationen und als Dienstleistung für die Berliner Verwaltung, in: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), Städtestatistik und Stadtforschung — Leistungen, Aufgaben, Ziele, Hamburg 1979, S. 164 ff.

gaben gehört auch die Regionalisierung von Sachdaten und die Weiterverarbeitung der regionalisierten Daten unter Hinzuziehung von Informationen zur Lage und Gestalt der Bezugsräume. Es ist im engeren Sinn ein Modell der topographischen Grundstruktur der Stadt, das konstruiert wird, um mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung regionale Bezüge an sich und mit Sachmerkmalen auf beliebige Art zu verknüpfen.

These 9:

Der Zugriff auf Einzeldatensätze ist im Interesse der Fortentwicklung von Grundlagen- und angewandter Forschung durch geeignete Maßnahmen auch vor dem Hintergrund restriktiver Datenschutzbestimmungen zu gewährleisten.

Ohne daß dieses zuweilen sehr kontrovers bis schrill diskutierte Thema hier vertieft werden soll, wenigstens diese Merkmale: Lösungen werden gesehen in entsprechend organisierten Formen der Zusammenarbeit zwischen „Datenhaltern“ (hier im Sinne von Verantwortlichen für Datenschutz, statistische Geheimhaltung, Sozialgeheimnis etc. gemeint) und der Forschung bei der Abwicklung von Auswertungsroutinen — und einer Ausnutzung der im Hochschulbereich vorhandenen Erfahrungen, zumal internationaler Art, wie eine ausreichende Anonymisierung von Einzeldatensätzen mit faktischem und hypothetischem Personenbezug systemintern durch Nutzung entsprechender software realisiert werden kann.

Datenschutz sollte auch nicht dazu führen, daß der Vollzug notwendige zusätzliche Merkmale für andere Verwertungszusammenhänge nicht mehr erheben kann.

Allen Teilbereichen der Planung und Entscheidung ist ebenso, wie der sozialwissenschaftlichen Forschung eigen, daß sie personenbezogene oder anonymisierte Daten nur dazu benutzen, statistische Aussagen über Kollektive zu machen, also ein unpersönliches Interesse an Einzelangaben haben, d.h. personenbezogene Daten unpersönlich auswerten¹⁴. Denn: Im beiderseitigen Interesse sollte die Brücke zwischen Praxis: hier Verwaltung und Grundlagen- und/oder angewandter Forschung begehbar gehalten, mehr noch: recht eigentlich tragfähiger gemacht werden.

14. Bick, W. und P. J. Müller, Probleme der Nutzung prozeß-produzierter Daten, a. a. O., S. 39 und 41.

Übersicht 1: Gliederungsplan der Stadtverwaltung Köln

1 Allgemeine Verwaltung	2 Finanzverwaltung	3 Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung	4 Schul- und Kulturverwaltung	5 Sozial- und Gesundheitsverwaltung
<p>01 Büro des Oberstadtdirektors</p> <p>02 Büros der Stadtvertretung</p> <hr/> <p>10 Hauptamt</p> <p>100 Zentrale Verwaltungsaufgaben</p> <p>1000 Beschäftigungsstelle</p> <p>1001 Eingangs- und Versandstelle</p> <p>1002 Bürgerberatung</p> <hr/> <p>101 Organisationsabteilung</p> <p>102 Zentrale Datenverarbeitung</p> <p>1020 Rechenzentrum</p> <p>1021 Programmierung</p>	<p>20 Kämmererei</p> <hr/> <p>21 Stadtkasse</p> <p>210 Hauptkasse</p> <p>212 Vollstreckungsabteilung</p> <p>213 Steuerkassen</p> <p>2130 Einziehungskasse</p> <hr/> <p>22 Steueramt</p> <p>220 Abteilung für indirekte Steuern</p> <p>2200 Vermögenssteuerstelle</p> <p>2202 Hundesteuerstelle</p> <p>221 Gewerbesteuerabteilung</p> <p>222 Abteilung für Grundbesitzabgaben</p> <hr/> <p>23 Liegenschaftsamt</p> <p>230 Grundstücksabteilung</p> <p>231 Grundwertabteilung</p> <p>234 Abteilung für Bodenordnung</p> <p>235 Verwaltungsabteilung</p> <hr/> <p>24 Amt für Verteidigungslasten</p> <hr/> <p>25 Vermessungs- und Katasteramt</p>	<p>30 Rechts- u. Versicherungsamt</p> <p>300 Zivilrechtliche Angelegenheiten</p> <p>301 Öffentlich-rechtliche Angelegenheiten</p> <p>302 Versicherungs- und Schadensangelegenheiten</p> <hr/> <p>32 Amt für öffentliche Ordnung</p> <p>320 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten</p> <p>321 Gewerbeangelegenheiten</p> <p>322 Straßenverkehrs- und allgemeine Ordnungsangelegenheiten</p> <p>323 Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten</p> <p>324 Verkehrsüberwachung und Abhandlung von Ordnungswidrigkeiten</p> <hr/> <p>33 Einwohnermeldeamt</p> <hr/> <p>34 Amt für Personstandswesen</p> <p>340 Standesamtsaufsicht</p> <p>341 Standesamt</p> <hr/> <p>37 Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Zivilschutz</p> <p>370 Verwaltung und Zivilschutz</p> <p>371 Einsatzdienst</p> <p>372 Technik</p> <p>373 Nachrichtentechnik</p> <p>374 Brandschutzabschnitte Süd - Nord</p> <p>375 Brandschutzabschnitte Mitte - Ost</p> <p>377 Brandverhütung</p> <hr/> <p>39 Veterinäramt</p>	<p>40 Schulverwaltungsamt</p> <p>400 Abt. Schulgängende Einrichtungen</p> <p>4002 Stadtbildstelle</p> <p>4003 Schulpsychologischer Dienst</p> <p>4004 Rheinische Musikschule</p> <p>401 Schulamt für die Stadt Köln</p> <p>403 Abteilung Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten</p> <p>404 Abt. Realschulen, Gymnasien, berufsbildende- u. Gesamtschulen</p> <p>405 Zentralstelle für Bildungsberatung und Bildungsbereitstellung</p> <hr/> <p>41 Amt für Kulturelle Angelegenheiten</p> <p>4100 Bühnen</p> <p>4101 Orchester</p> <p>4102 Puppenspiele</p> <p>4105 Historisches Archiv</p> <p>4106 Stadtbücherei</p> <p>4107 Volkshochschule</p> <p>411 Abteilung Museen</p> <p>4110 Wallraf-Richartz-Museum</p> <p>4111 Museum Ludwig</p> <p>4112 Historische Museen</p> <p>4113 Rauteustrauch-Joest-Museum</p> <p>4114 Kunstgewerbemuseum</p> <p>4115 Museum für ostasiatische Kunst</p> <p>4116 Schmütgenmuseum</p> <p>4117 Josef-Haubrich-Kunsthalle</p> <p>4112 Konservator</p>	<p>50 Sozialamt</p> <p>500 Allgem. Verwaltungsangelegenheiten</p> <p>5003 Altenheime</p> <p>5006 Rechtsstelle der Sozialverwaltung</p> <p>501 Abteilung Sozialhilfe</p> <p>5012 Stelle für Hilfen in besonderen Lebenslagen</p> <p>502 Abteilung für Kriegsgipfel und Schwerbehinderte</p> <p>5020 Vertriebenenamt</p> <hr/> <p>51 Jugendamt</p> <p>510 Allgemeine Fach- und Verwaltungsangelegenheiten</p> <p>511 Pädagogische und Soziale Dienste</p> <p>5110 Erziehungsberatungsstelle</p> <p>5111 Kinderheime</p> <p>513 Tages- und Sondereinrichtungen</p> <p>514 Jugendförderung</p> <hr/> <p>52 Sport- und Bäderamt</p> <p>520 Sportabteilung</p> <p>521 Bäderbetrieb</p> <hr/> <p>53 Gesundheitsamt</p> <p>5301 Amtsärztlicher Dienst</p> <p>5302 Jugendärztlicher Dienst</p> <p>5310 Tuberkulosefürsorge</p> <p>5311 Gesundheits- und Beratungsstelle für Geschlechtskranke</p> <p>5312 Beratungs- und Fürsorgestelle für Körperbehinderte und Sinnesgeschädigte</p> <p>5313 Fürsorgestelle für Nerven- und Suchtkranke, Psychiatrischer Dienst</p> <p>5314 Gesundheitsfürsorge für Frauen und Beratungsstelle für Geschwulstkranken</p>
				<p>5315 Jugendzahnärztlicher Dienst</p> <p>5316 Gesundheits- und Heilfürsorge</p> <p>5318 Berufsschulärztlicher Dienst</p> <p>5320 Institut für Lebensmittel- und Wasseruntersuchungen</p> <p>5321 Desinfektionsanstalt</p> <p>533 Gesundheitsaufsicht</p> <hr/> <p>54 Krankenanstalten</p> <p>5400 Krankenhaus Merheim</p> <p>5401 Krankenhaus Worringen</p> <p>5402 Kinderkrankenhaus Amsterdamer Str.</p> <p>5404 Waldkrankenhaus und Sanatorium Roasch/Sieg</p> <p>5405 Stiftung Dr. Dormagen</p> <p>5406 Zentralwäscherei</p> <p>5407 Krankenhaus Holweide</p> <hr/> <p>55 Ausgleichsamt</p> <p>551 Leistungsabteilung</p> <p>552 Feststellungsabteilung</p> <hr/> <p>56 Amt für Wohnungswesen</p> <p>560 Verwaltungsabteilung</p> <p>5601 Stelle für Asylsuchende</p> <p>561 Wohnungsbauförderungsabteilung</p> <p>563 Wohnungspflege, Wohngeid</p> <p>564 Städtische Wohnungsvergebungsstelle</p> <hr/> <p>57 Amt für Umweltschutz</p> <p>570 Untersuchung Luft und Lärm</p> <p>571 Sonderordnungsbahnhöfen, Untere Landschaftsbehörde und Untere Abfallbehörde</p> <p>5800 Personalarztlicher Dienst</p>
<p>11 Personalamt</p> <p>110 Zentrale Personalangelegenheiten</p> <p>1100 Zusatzversorgung</p> <p>1102 Gemeinsame Betriebskrankenkasse</p> <p>1103 Verwaltungsschule</p> <p>1104 Personalakademie</p> <p>111 Abteilung für Personalangelegenheiten der Beamten und Angestellten</p> <p>112 Abteilung für Personalangelegenheiten der Arbeiter</p> <p>114 Disziplinarabteilung</p> <p>115 Abteilung für soziale Personalangelegenheiten</p>				
<p>12 Statistisches Amt</p> <p>1211 Wahlamt</p>				
<p>13 Nachrichtenamt</p>				
<p>14 Rechnungsprüfungsamt</p>				
<p>15 Amt für Stadtentwicklungsplanung</p>				
<p>16 Amt für Stadterneuerung</p>				

6 Bauverwaltung	7 Verwaltung für öffentliche Einrichtungen	8 Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr	9 Bezirksverwaltungsstellen
<p>63 Bauverwaltungsamt</p> <p>800 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten</p> <p>6000 Projektgruppe Altstadt/Don-Rhein</p> <p>601 Abteilung Bauwirtschaft</p> <p>602 Bauleistelle</p> <p>603 Stadtbauprojekte</p> <p>604 Sanierung Severinsviertel/Mülheim</p> <p>61 Stadtplanungsamt</p> <p>610 Abteilung für begleitende Planungsmaßnahmen</p> <p>611 Abteilung Bauleitplanung</p> <p>612 Verkehrsplanung</p> <p>62 Tiefbauverwaltungsamt</p> <p>63 Bauaufsichtsamt</p> <p>630 Bauaufsichtsabteilung</p> <p>6300 Annahme- und Beratungsstelle</p> <p>631 Statische Abteilung</p> <p>6310 Kommunales Prüfamt für Baustatik</p> <p>632 Verwaltungsabteilung</p> <p>65 Hochbauamt</p> <p>650 Entwurfs- und Ausführungsabteilung</p> <p>6502 Stelle für Energiewirtschaft</p> <p>651 Entwurfs- und Ausführungsabteilung</p> <p>652 Bauunterhaltungsabteilung</p> <p>653 Maschinen- und Installationsabteilung</p> <p>6530 Entwurf und Neubau</p> <p>6531 Betrieb und Unterhaltung</p> <p>654 Neubau Walraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig</p>	<p>66 Amt für Straßenbau</p> <p>660 Entwurf</p> <p>661 Neubau</p> <p>662 Unterhaltung</p> <p>663 Verkehrstechnik</p> <p>67 Grünflächenamt</p> <p>670 Entwurfsabteilung</p> <p>671 Betriebsabteilung</p> <p>673 Forstamt</p> <p>6741 Botanischer Garten</p> <p>68 Amt für Stadtentwässerung</p> <p>680 Entwurf</p> <p>681 Neubau</p> <p>682 Betrieb und Unterhaltung</p> <p>683 Klärwerke</p> <p>6840 Abwasserlaboratorium</p> <p>69 Amt für Brücken- und U-Bahnbau</p> <p>690 Brückenbau</p> <p>691 U-Bahnbau</p>	<p>70 Stadtreinigungs- und Fuhramt</p> <p>700 Verwaltungsabteilung</p> <p>701 Finanzabteilung</p> <p>702 Technische Abteilung</p> <p>703 Abteilung für Straßenreinigung</p> <p>704 Abteilung für Abfallbeseitigung</p> <p>7100 Tierkörperbeseitigungsanstalt</p> <p>72 Marktamt</p> <p>73 Pfandkreditanstalt</p>	<p>80 Amt für Wirtschafts-, Mittelstands- und Verkehrsförderung</p> <p>81 Verkehrsamt</p> <p>82 Außenwerbung</p> <p>83 Häfen</p> <p>830 Verwaltungsabteilung</p> <p>831 Hafensbetrieb</p> <p>832 Hafensisenbahnbetriebsdienst und verkehrsdienst</p> <p>833 Technischer Betrieb</p> <p>91 Bezirksverwaltungsstelle Innenstadt</p> <p>92 Bezirksverwaltungsstelle Rodenkirchen</p> <p>93 Bezirksverwaltungsstelle Lindenthal</p> <p>94 Bezirksverwaltungsstelle Ehrenfeld</p> <p>95 Bezirksverwaltungsstelle Nippes</p> <p>96 Bezirksverwaltungsstelle Chorweiler</p> <p>97 Bezirksverwaltungsstelle Porz</p> <p>98 Bezirksverwaltungsstelle Kalk</p> <p>99 Bezirksverwaltungsstelle Mülheim</p>

Übersicht:

○ Ämter mit ADV-Anwendung

▭ Laufende Verfahren

▭ Verfahren in der Planung bzw. Entwicklung und Umstellung

3.1 Katalog der Verfahren und Teilverfahren

1. Meldewesen

Das Meldewesen umfaßt:

Den Aufbau und die tägliche Fortschreibung des Melderegisters und der Einwohner-Grunddatei einschließlich eines Meldedienstes für dezentrale Stellen, andere Meldebehörden und Kultusgemeinden sowie ständige regelmäßige Auswertungen der Einwohner-Grunddatei für Schulneulinge, kinderreiche Familien, Altersjubilare, Impflinge, Wehrefassung, weiterhin den Lohnsteuerkartendruck mit vollständiger Bestimmung der Klasse, Kinderzahl und Freibeträge, Erstellung von Steuerurlisten und besonderen Finanzamtslisten.

2. Wahlen

Dieses Verfahren beinhaltet:

1. Die Wahlvorbereitung — Ermittlung der Wahlberechtigten mit Druck der Wählerverzeichnisse und der Wahlbenachrichtigungen sowie die tägliche Erstellung der (Brief) Wahlscheine und Unterstützung der Wahlvorbereitung.
2. Das Teilverfahren beinhaltet die Prüfung der erfaßten Niederschriften, die Auskunft über Stand und Fortgang der Wahlabwicklung, Zwischenergebnisse, alle Endergebnislisten und Sitzverteilung und statistische Auswertungen.

3. Statistik

Das Verfahren Statistik ermöglicht die Vorbereitung und Durchführung von statistischen Auswertungen wie Bevölkerungsbewegung, Volkszählung, Baufert-

tigstellungen, Grundeigentumswechsel und Binnenschifffahrt.

4. Schulwesen

Im Bereich Schulwesen werden insbesondere die Daten der Schüler aller Kölner Grundschulen erfaßt, fortgeschrieben und für laufende Verwaltungstätigkeiten ausgewertet. Zur Zeit werden in dieses Verfahren auch die Kölner weiterführenden allgemeinbildenden Schulen einbezogen (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen).

Im Rahmen des ADV-Verfahrens Schulwesen werden u. a. folgende Auswertungsergebnisse erstellt:

- Elternbenachrichtigungen (zur Anmeldung)
- Aufnahmelisten
- Schülerkarteikarten
- Anschriften-Etiketten
- Schülerverzeichnisse
- Schulgesundheitskarten

5. Büchereiwesen

Bei der Stadtbücherei sind bisher die Bereiche „Ausleihverbuchung“ und „Klassifikation und Katalogisierung“ in ein ADV-Verfahren einbezogen worden.

Die maschinellen Arbeiten umfassen im wesentlichen:

Ausleihverbuchung

- Aufbau und Fortschreibung der Benutzerdaten und der Buchdaten
- Kontrolle der Fälligkeit (Ausleihfristen)
- Erstellen von Mahnschreiben und Mahnlisten
- Erstellen von Ausleihstatistiken
- Klassifikation und Katalogisierung
- Aufbau, Führung, Ergänzung und Ausdruck der Klassifikation

- Erfassung, Speicherung und Aufbereitung der Katalogdaten
- Ausgabe von Gesamt-, Teil- und Auswahlkatalogen
- Erstellen von Statistiken

6. Veranlagung von Grundbesitzabgaben

Dieses Verfahren umfaßt die Veranlagung, d. h. Berechnung und Festsetzung der Grundbesitzabgaben für ca. 145 000 steuerliche Einheiten von Köln, sowie deren laufende Veränderungsfortschreibungen.

Zu den Grundbesitzabgaben zählen:

- Grundsteuer
- Straßenreinigung
- Abfallbeseitigung
- Kanalbenutzung

Die Jahresveranlagung erfolgt unter Abstimmung zwischen der Datenverarbeitung und dem Steueramt bezüglich aller rechentechnisch notwendigen Faktoren für die Grundsteuer und die Gebühren.

Die Berechnung und Festsetzung aller Veranlagungswerte für die Grundbesitzabgaben, einschließlich aller Nebenarbeiten, erfolgt zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres. In diesem Verfahren werden Jahresveranlagungsbescheide mit maschinell lesbaren Überweisungsträgern erstellt, soweit der Pflichtige nicht bereits am Bankabbucher-Verfahren teilnimmt. Die Sollstellung der durch die Steuerpflichtigen zu zahlenden Steuerbeträge erfolgt im gleichen Verfahren automatisch.

7. Veranlagung der Hundesteuer

Zu Beginn eines jeden Jahres werden bei diesem Verfahren die Veranlagungswerte für die Berechnung der Hundesteuer festgesetzt und den Hundehaltern mitgeteilt.

8. Feststellung und Berechnung der Lohnsummensteuer

Die von den Lohnsummensteuerpflichtigen erklärten Lohnsummensteuerbeträge werden ggfs. für mehrere Jahre rückwirkend maschinell nachgerechnet. Sich ergebende Differenzen werden dem Pflichtigen mitgeteilt. Die Sollstellung der noch zu zahlenden Beträge erfolgt dabei automatisch.

9. Fortschreibung der Finanzadreßdatei

Die für alle Steuerpflichtigen geltende Finanzadreßdatei wird maschinell fortgeschrieben.

10. GINFIS (Gemeindlich Integriertes Finanz-Informationssystem)

Dieses Verfahren besteht aus zahlreichen Teilverfahren, die nachfolgend aufgeführt sind.

Finanzplanung

Ausgehend von den Daten der Haushaltsplanentwurfsdatei wird das Investitionsprogramm als Teil der Finanzplanung erstellt.

Aufstellen HPL

Nach Fortschreibung der Haushaltsplanentwurfsdatei werden alle notwendigen Druckvorlagen im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes erstellt: Mittelansforderungslisten ...

Ähnliches wird für die Sammelnachweise mit besonderen Programmen aus der Sammelnachweisdatei erstellt, wobei insbesondere die programmierten Veränderungen der Ansätze ein beschleunigtes Arbeiten ermöglichen.

Sachkontenführung

Die Haushaltsstellen des Haushaltsplanes, der Sonderhaushalte, des Verwahrs- und Vorschußbuches und dergleichen sind in der Sachbuchdatei zusammengefaßt und werden durch tägliches Buchen

fortgeschrieben. Die Datenausgaben beschränken sich auf Abstimmunterlagen, Kontoauszüge und Statistiken, da moderne Speicherbuchführung im Sinne der GemKVO erfolgt.

Monatsabschlußarbeiten

Wesentlicher Inhalt der Monatsabschlußarbeiten ist: Auflösen der Sammelnachweise, Abstimmen der Sachbuchdatei mit den Haushaltsüberwachungslisten bzw. Einnahmekontrollen der Dienststellen, Ausdruck des Sachbuches, Information von Kämmerei und Stadtkasse über Bewirtschaftung des Haushaltsplanes, Suchhilfen für Stadtkasse und Vierteljahresstatistik. Dementsprechende Auswertprogramme liefern die erforderlichen Listen, die zum Teil der besseren Handhabung wegen direkt auf Mikrofilm ausgegeben werden.

Jahresabschlußarbeiten Sachbuchführung

Zur Vorbereitung der Jahresrechnung erfolgen per Programm Feststellung und Übertragung der Kassen- und Haushaltsreste. Ausgehend von den Daten der Sachbuchdatei wird die Haushaltsrechnung mit den Anlagen (Hauptabschluß, Rechnungsquerschnitt, Gruppierungsübersicht, div. Auswertungen für den Rechenschaftsbericht) gedruckt. Ferner werden die Jahresrechnungsstatistik gedruckt und die Bestände übertragen.

Personenkontenführung

In der Einnahmebuchungsdatei werden Konten für alle regelmäßigen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Stadt Köln geführt, die täglich fortgeschrieben werden. Da es sich um Speicherbuchführung im Sinne der GemKVO handelt, beschränkt sich auch hier die Datenausgabe auf Abstimmunterlagen.

Soll-Ist-Vergleich

Aufgabe dieses Teilverfahrens ist es, zweimal monatlich den pünktlichen Zahlungseingang zu überwachen. Dementsprechend erfolgen per Programm Lastschrifteinzug, Mahnung oder Vollstreckungsauftrag, wenn ein Zahlungspflichtiger in Verzug gerät. Hierbei werden Stundungen und Vollziehungsaussetzung berücksichtigt und Säumniszuschläge und Gebühren automatisch berechnet.

Jahresabschlußarbeiten

Personenkontenführung

Wesentliche Aufgaben sind automatische Kleinbetragsbereinigung, Ermittlung der Abgänge auf Kasseneinnahmereste aus Vorjahren, Übertragung der Kasseneinnahmereste, Archivierung der Personenkonten auf Mikrofilm und Statistiken.

11. Sozialwesen

In diesem Verfahren werden die Sozialleistungen berechnet. Dabei wird für Neuansprüche der erstmals zu gewährenden Regelsatz, für Änderungsfälle der veränderte Regelsatz errechnet. Allgemeine Regelsatzänderungen, die jährliche Gewährung von Heizungshilfen und Weihnachtsbeihilfen werden automatisch bei der Berechnung berücksichtigt. Im einzelnen werden folgende Sozialleistungen mit diesem Verfahrensteil berechnet:

- a) Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG,
- b) ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BVG,
- c) Erziehungshilfe für Pflegekinder nach dem JWG,
- d) Tbc-Hilfe nach dem BSHG.

Gleichzeitig erfolgt mit diesem Verfahren der Ausdruck der Statistiken, Bescheide, Stammakten sowie die Zahlbarmachung von Sozialleistungen und die Durchführung von Jahresarbeiten (z. B.

Jahresstatistik) und Sonderauswertungen.

12. Zentralwäscherei

Die bei der Zentralwäscherei anfallenden Kosten werden maschinell fakturiert und in Rechnung gestellt.

Das Verfahren ist so flexibel ausgelegt, daß je Kunde und Wäscheart individuelle Rechnungen gefertigt werden können. Gleichzeitig wird eine umfangreiche Statistik erstellt.

13. Berufsfeuerwehr

Aufgrund der von den Kranken- und Rettungswagendiensten erstellten Fahrtberichten, die bei der Feuerwehr datenerfaßt werden, wird ein Soll-Ist-Vergleich durchgeführt. Mit dem Ergebnis dieses Soll-Ist-Vergleiches, der Liste der offenen Posten, stellt die Feuerwehr Mahnungen aus bzw. veranlaßt bei älteren Forderungen die zwangsweise Beitreibung.

14. Mülldeponie „Vereinigte Ville“

Das Verfahren umfaßt die weitgehend automatisierte Erfassung von Wägedaten auf der Mülldeponie Vereinigte Ville in Liblar, ihre Fakturierung sowie statistische Auswertungen.

1. Erfassung der Wägedaten

Auf der Mülldeponie V. V. werden unter Verwendung einer Fahrzeugwaage und eines Wägedatenerfassungssystems alle für die Abrechnung und statistischen Auswertung der Müllanlieferungen von privaten und öffentlichen Dauer- und Einzelanlieferern benötigten Wäge- und Ergänzungsdaten gewonnen. Das System bewältigt in Spitzenzeiten bis zu 1000 Verwägungen täglich. Eine Besonderheit des Verfahrens ist, daß je Anlieferung nur eine Verwägung — eine Eingangsverwägung — erforderlich ist.

2. Fakturierung

Die als einwandfrei erkannten Daten-

sätze werden unter Hinzunahme der in der Finanzadreßdatei gespeicherten Adreßdaten monatlich fakturiert. Es werden Rechnungen für die Deponiebetreiber, eine Liste der abgerechneten Wägedatensätze mit umfangreichen Summenbildungen, ein Magnetband mit den für die automatische Sollstellung benötigten Datensätzen, Sollbelege und verschiedene Datensicherungsbänder erstellt.

15. Betriebsabrechnung Amt für Stadtentwässerung

Synchron zu den Buchungen auf den Haushalt mit einer Buchungsmaschine werden Lochkarten gewonnen. Die in diesen Lochkarten ausgewiesenen Beträge werden am Jahresende zu Summen für Kostenarten und Kostenstellen mit verschiedenen Zwischensummen verdichtet. Die in einer Liste ausgewiesenen Ergebnisse bilden die Grundlage für die Aufstellung des Betriebsabrechnungsbogens.

16. Fahrbetrieb Stadtreinigungs- und Fuhramt

Beim Stadtreinigungs- und Fuhramt ermittelte und als Lochkarten bereitgestellte Daten des Fahrbetriebes werden je Betriebsnummer (Fahrzeug) nach Kilometerleistung und je HplUA nach Kilometer- und Zeitwerten akkumuliert und angelistet.

17. Rechnungswesen Stadtreinigungs- und Fuhramt

Das Rechnungswesen des Stadtreinigungs- und Fuhramtes wurde beginnend mit dem Haushaltsjahr 1978 unter Einsatz eines Systems der mittleren Datentechnik automatisiert. In den Bereichen Haushaltsführung, Lagerbuchhaltung und Auftragsabrechnung Kfz-Werkstätten werden alle anfallenden Geschäftsvorfälle automatisiert bearbeitet. Für die

Datenerfassung sind Bildschirmstationen eingesetzt. Von besonderer Bedeutung ist, daß in einem Erfassungsvorgang Daten für verschiedene Zwecke bzw. Auswertungen gewonnen werden. So wird z. B. die Mehrzahl der Daten für die Betriebsabrechnung und die Kfz-Kostenträgerrechnung bei der Erfassung der eingangs genannten Bereiche gewonnen.

Als Ergebnisse der Verarbeitung der Erfaßdaten mit dem eingesetzten Kleincomputer fallen an:

die Fortschreibung

- der HÜL-Archivdatei
- der HÜL-Bestandsdatei
- der Lagerbestandsdatei
- der Lieferantendatei
- der Auftragsabrechnungsdatei
- der Auswertungsdatei Großrechner mit allen für die weitere Verarbeitung benötigten Daten

sowie

Buchungsjournale,

Rechnungen über Werkstattleistungen,

Überweisungsträger,

Listen der Überweisungen.

18. Bühnen

Der bei den Bühnen eingesetzte Magnetkartencomputer hat die Aufgabe, die Haushaltsüberwachungsliste zu führen, die Lagerbuchhaltung zu bewältigen und Teile der Honorarabrechnung zu erledigen. Die erfaßten und vorverarbeiteten Daten werden auf eine Magnetbandcasette aufgezeichnet und nach einer Konvertierung auf Magnetband auf der Großanlage weiterverarbeitet. Das Ergebnis dieser Verarbeitung ist Teil der Betriebsabrechnung.

19. SINETIC

(Netzplantechnik-Terminplanung)

SINETIK berechnet für den geplanten Ablauf eines Projekts die frühesten und spätesten Anfangs- und Endtermine aller

Vorgänge. Das Ergebnis der Berechnung wird in Berichten und Diagrammen ausgedruckt.

20. Bauwesen (Objektausführung)

Das Verfahren berechnet Kostenschläge und erstellt Leistungsverzeichnisse zur Ausschreibung von Bauleistungen (Straßen, Kanäle). Die Unternehmerangebote werden rechnerisch geprüft und ausgewertet. Jährlich werden etwa 600 Straßenbau- und Kanalbauobjekte bearbeitet.

21. Bestands- und Besetzungskontrolle öffentlich geförderter Wohnungen

Zur Kontrolle des Bestands und der ordnungsgemäßen Besetzung der öffentlich geförderten Wohnungen werden Ermittlungsbögen ausgedruckt und ein Vergleich mit den Einwohnergrunddaten vorgenommen.

22. Vermessungsprogrammssystem

VERKDB

Für die Aufgaben aus dem Bereich der Kataster- und Ingenieurvermessung steht ein universelles, voll integriertes Programmssystem zur Verfügung. Kernstück ist eine Koordinatendatei (KDB), auf der Koordinaten mit ihrer dazugehörigen Punktnummer abgespeichert werden, während die für einen Auftrag benötigten Ausgangsdaten und alle neu berechneten Koordinaten in einen Langzeitwischenspeicher (Verfahrensdatei) aufgenommen werden. Das Programmssystem gliedert sich in folgende Teilbereiche:

- Verwaltungsprogramme
- Berechnungsprogramme
- Koordinatendateiprogramme
- Eingabeverwaltungs- und Diagnoseprogramme
- Koordinatendateieinrichtung und -reorganisation

23. Ausgleichsprogrammsystem ARSM

Das System ARSM dient zur Auswertung von Richtungs- und Streckenmessungen für die Berechnung von Koordinaten (Lage und Höhe) aus beliebigen Richtungs- und Streckenmessungen. Das Programmsystem berechnet ohne Zugabe sonstiger Informationen die endgültigen Koordinaten und stellt sie zur Weiterverarbeitung mit VERKDB zur Verfügung.

Grundlagen sind die Netzausgleichung nach vermittelten Beobachtungen und eine automatische Trennung von Netz- und Polarpunkten. Das System ist insbesondere für die Auswertung von Meßdaten ausgelegt, die von selbstregistrierenden Tachymetern (bspw. Reg Elta 14) anfallen.

24. Zeichenprogrammsystem LGDRAW

Bei LGDRAW handelt es sich um ein universell einsetzbares, voll integriertes System zur Lösung von Zeichenaufgaben im gesamten technisch-mathematischen Bereich der Verwaltung. Es ist mit dem Vermessungsprogramm VERKDB logisch über die Verfahrensdatei integriert. In sogenannten Makro-Dateien können Zeichnungen, die wiederholt benötigt werden — wie z.B. Symbole für die Topografie — abgespeichert und bei Bedarf abgerufen werden.

Das Programmsystem gliedert sich in folgende Teilbereiche:

- Verwaltungsprogramme
- Berechnungsprogramme
- allgemeine Zeichenprogramme
- Makroprogramme.

Koordinatenauslesegeräteauswertungsprogramm LDIG

Auf dem Digitizer werden grafische Koordinaten für Punkte ermittelt. Diese so ermittelten Daten werden dergestalt weiterverarbeitet, daß Eingaben für die Programmsysteme VERKDB und

LGDRAW erzeugt werden. Steuerinformationen für diese Aufbereitung werden beim Digitalisieren über Sensordrucktasten, ein sogen. Menüfeld und eine Tastatur eingegeben. Das Menüfeld ist ein Rasterfeld, in dem jedem Feld eine bestimmte Information zugeordnet ist.

25. Programmsystem LEK

Hierbei handelt es sich um ein Programmsystem zur Abrechnung der Erschließungskosten nach dem Bundesbaugesetz und der Erschließungsbeitragsatzung mit dem Verteilungsmaßstab Grundstücksbreite. Die zur Abrechnung der Kosten benötigten Daten der Erschließungsanlage und der Beitragspflichtigen werden in einer Datei abgespeichert. Das gleiche gilt für die erforderlichen Satzungsdaten.

Auf dieser Grundlage wird die Berechnung der Erschließungskosten und die Verteilung auf die Beitragspflichtigen vorgenommen und die Beitragsbescheide erstellt.

Die Abrechnung nach dem Bundesbaugesetz auf der Basis von Grundstücks- und Geschoßfläche sowie nach dem KAG sind in der Entwicklung.

26. Verkehrsuntersuchungen

Das Verfahren Verkehrsuntersuchungen ermöglicht, die Erfassung und Verteilung des heutigen und zukünftigen Verkehrsablaufs modellmäßig zu vollziehen.

27. Abrechnungsverfahren Personalwesen für lfd. Zahlungen

Monatlich werden

- die Gehälter der Beamten,
 - die Vergütungen der Angestellten,
 - die Löhne der Arbeiter sowie
 - die Bezüge der Versorgungsempfänger
- durch die ADV berechnet und zahlbar gemacht.

28. Zusatzversorgungskasse

Für die Zusatzversorgungskasse wird der Versichertenbestand maschinell geführt. Ebenfalls werden

- Rentenerstberechnung,
- Rentenfestsetzung und
- Rentenzahlung mit Rückrechnung und Dynamisierung

durch die ADV vorgenommen.

Für Geschäftsberichte und versicherungsmathematische Gutachten werden statistische Auswertungen aus dem Versicherten- und Leistungsbereich erstellt.

29. Krankenunterstützungsverein

Die Beiträge des KUV werden für die Mitglieder aus dem Bereich der Stadt Köln maschinell ermittelt und von den Bezügen einbehalten.

Aus dem Gesamtbestand der Mitglieder werden auch hier für versicherungsmathematische Gutachten und Geschäftsberichte

- Mitgliederstatistiken,
- Beitragsstatistiken und
- Schadensstatistiken

durch die ADV erstellt.

30. Personalstatistik

Aus dem Datenbestand Personalwesen werden u. a. für

- die Planung von Personaleinsatz,
- die Verhandlungen bei Tarifabschlüssen,
- die Festsetzung von Haushaltsplanansätzen,
- die Durchführung von Betriebsabrechnungen,
- die Aufstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen

eine Vielzahl von Statistiken maschinell erstellt.

31. Patientenabrechnung bei den Krankenhäusern

In Zusammenarbeit mit der Kirchlichen Gemeinschaftsstelle für elektronische Datenverarbeitung e.V. (KiGSt) wird in den Kölner Krankenhäusern die ADV für folgende Aufgaben eingesetzt:

- Patientenabrechnung
- Leistungsstatistiken
- Patientenstatistiken
- Finanzbuchhaltung
- Debitorenbuchhaltung
- Kreditorenbuchhaltung
- Kosten- und Leistungsabrechnung.

32. Programmsystem Kommunale Informathek

Dieses Programmsystem ist ein Hilfsmittel der ADV zur Bewältigung von Planungsproblemen (z. B. Bevölkerungsentwicklung, Kindergartenbedarfsplan, Gebäudebestand u. ä.). Die Lösungswege dieses Programmsystems sind u. a.:

- Strukturanalysen
- Auswertungen von Großzählungen
- Auswertung von Massendaten des Verwaltungsvollzugs
- Auswertung von amtlichen Statistiken.

Dabei bedient sich das Programmsystem folgender Darstellungsmöglichkeiten:

- Listen — Tabellen — Kreuztabellen — Diagramme
- thematische Karten mit Schnelldrucker und Zeichenplotter
- Zeitreihenanalysen
- Prognosen
- Bevölkerungspyramiden.

Übersicht 3: Funktionskatalog der KGSt (Stand: 1. 1. 1978)
 Funktionsgruppe Personalwesen

	Bonn	Gütersloh	Hagen	Köln	Mettmann	Mülheim/Ruhr	Münster	Paderborn	Rhein-Sieg/ Oberberg.	Wuppertal
1.1	A	C	A		A	A	A	C	C	C
1.1.1	A	C	A	A		A	A	C	C	C
1.1.2	A	C	A	A		A	A	C	C	C
1.1.3	A	C		A		A	A			
1.1.4				A						C
1.2	A	C	A		A	A	A	C	C	C
1.2.1				A	A	A				A
1.2.2										
1.3										
1.3.1				C	A	A			C	C
1.3.2				C	A	C			C	C
1.3.3	A	C	A	F	A	C				
1.3.4				F		C				C

A = Assembler — C = Cobol — F = Fortran — S = Sonstige

	Bonn	Güterlosh	Hagen	Köln	Metmann	Mülheim/Ruhr	Münster	Paderborn	Rhein-Stieg/ Oberberg.	Wuppertal
<i>Funktionsgruppe Finanzwesen</i>										
2.1	C	C	A	C	C	C	C	C	C	C
2.1.1	C	C	A	C	C	C	C	C	C	C
2.1.2	A	C	A	C	C	C	C	C	C	C
2.1.21	A	C		C						
2.1.22	A	C		C						
2.2	A	C	A	C	C	A	C	C	A	A
2.2.1	A	C	A	C	C	A	C	C	A	A
2.2.11	A	C	A	C	C	A	C	A	A	A
2.2.111	A	C	A	C	C	A	C	A	A	A
2.2.112	A	C	A	C	C	A	A	A	A	A
2.2.113	A	C	A	C	A	A	A	A	A	A
2.2.114	A	C	A	C		A	A	A	A	A
2.2.115	A	C	A	C	C	A	A	A	A/C	A
2.2.116	C									
2.2.117	C								A/C	A
2.2.12	A	C	A	C	C	A	C	A	A	A
2.2.1201	A	C	A	C	C	A	A	A	A	A
2.2.1202	A	C	A	C	C	A	A	A	A/C	A
2.2.1203	A	C	A	C	C	A	A	A	A/C	A
2.2.1204	A	C	A	C	C	A	A	A	A/C	A

2.2.1205	Gebühren im Garten- und Friedhofsamt								
2.2.1206	Gebühren im Schlacht- und Viehhof								A
2.2.1207	Gebühren im Marktwesen								
2.2.1208	Gebühren im Pfandleihwesen								
2.2.1209	Gebühren im Bäderwesen								
2.2.1210	Fremdenverkehrsabgabe								
2.2.1211	Sonstige Gebühren und Beiträge	A	C	C				A	A/C
2.2.13	Berechnen von Entgelten	A	C	A				A	A
2.2.1301	Mieten und Pachten	A	C	A				A	A
2.2.1302	Schulgelder einschl. Volkshochschulgebühren	A	C	A				A	A
2.2.1303	Heimkostenentgelte	A	C	A				A	A
2.2.1304	Entgelte für stationäre Behandlung im Krankenhaus		C						C
2.2.1305	Entgelte für ambulante Behandlung im Krankenhaus		C						S
2.2.1306	Theater und Konzertmieten								S
2.2.1307	Heranziehung zu den Zins- und Tilgungsleistungen für Wohnungsbaudarlehen	A	C	A					A
2.2.1308	Bücherentleihen	A	C	A					A
2.2.1309	Kraftfahrzeugbenutzungsentgelte								C
2.2.1310	Grabpflegeentgelte								
2.2.1311	Verbrauchsabrechnung der Betriebe (Gas, Wasser, Strom usw.)	A	C						A
2.2.1312	Entgelte im Verkehrswesen								
2.2.1313	Sonstige Entgelte								A
2.2.14	Berechnen von sonstigen regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen z. B. Zuweisungen								
2.2.2	Berechnen und (oder) Zahlbarmachen von regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben (Leistungen)	A	C	A	C				A/C
2.2.21	nach dem Bundessozialhilfegesetz	A	C	A	C			A	A
2.2.22	nach dem Lastenausgleichsgesetz	A	C	A	C			A	A
2.2.23	nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz	A	C	A				A	A
2.2.24	nach dem Unterhaltssicherungsgesetz	A	C	A	C			A	C
2.2.25	nach dem Wohngeldgesetz	A	C	A	C			A	C

S

A = Assembler — C = Cobol — F = Fortran — S = Sonstige

	Bonn	Güterlosh	Hagen	Köln	Mettmann	Mülheim/Ruhr	Münster	Paderborn	Rhein-Sieg/ Oberberg.	Wuppertal
2.2.26										
2.2.27	A				C			A	A	
2.2.3								C	C	
2.2.4								C	C	
2.2.5			A			A		C	A	
2.3	C	C	A		C			C	C	C
2.3.1	C	C	A		C	C		C	C	A
2.3.11	C	C	A		C	C	A	C	C	A
2.3.2			A							
2.3.3	C	C	A		C	S	C		C	A
2.3.4	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A
2.3.5										
2.3.6	C									
2.4	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A
2.4.1	C	C	A	C	C			C	C	C
2.4.11	C	C	A	C	C	A			C/A	
2.4.12	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A
2.4.13	C	C	A	C	C	C	C	C	C	C
2.4.14	C	C	A	C	C	C	C	C	C	C
2.4.15	C	C	A	C	C	C	C	C	C	C
2.4.2	C	C	A	C	C	C	C	C	C	C
2.4.21	A	C		C					A/C	S
	C								A	S

2.4.22	im Tiefbauamt	C	C
2.4.23	im Garten- und Friedhofsamt	C	C
2.4.24	im Straßenreinigungs- und Fuhramt	C	C
2.4.25	im Schlacht- und Viehhof		
2.4.26	im Forstamt		
2.4.27	in den Betrieben (Gas, Strom, Wasser usw.)	A	C
2.4.28	in sonstigen Dienststellen	A	C
2.4.3	Materialabrechnung (Lagerbuchführung)	A	A
2.4.31	im Krankenhaus	A	S
2.4.32	im Tiefbauamt	C	A
2.4.33	im Garten- und Friedhofsamt		
2.4.34	im Straßenreinigungs- und Fuhramt		C
2.4.35	im Schlacht- und Viehhof		
2.4.36	im Forstamt		
2.4.37	in den Betrieben (Gas, Strom, Wasser usw.)	A	A
2.4.38	in sonstigen Dienststellen	A	C
2.5	Vermögensbuchführung und Vermögensrechnung		C
2.5.1	Fortschreibung des Vermögens (Verbundrechnung)	A	
2.5.2	Berechnung der Abschreibungen		C
2.5.3	Darlehnsforderungen		A
2.5.4	Schuldendienst		A
2.5.5	Führen des Vermögenssachbuches		C
2.5.6	Erstellen der Vermögensrechnung		C
2.6	Entscheidungshilfen im Finanzwesen		
2.6.1	Statistiken, auch unter Einbeziehung überörtlicher Daten	C	C
2.6.2	Strukturanalysen, auch unter Einbeziehung überörtlicher Daten	C	C
2.6.3	Prognosen, auch unter Einbeziehung überörtlicher Daten	C	
2.6.4	Mittelfristige Finanzplanung einschl. Investitionsplanung mit Folgekostenberechnung	A	C

A = Assembler — C = Cobol — F = Fortran — S = Sonstige

Bonn
 Gütersloh
 Hagen
 Köln
 Mettmann
 Mülheim/Ruhr
 Münster
 Paderborn
 Rhein-Sieg/
 Oberberg.
 Wuppertal

Funktionsgruppe Einwohnerwesen

3.1	Speichern des Einwohnerdatenbestandes (Datenbank)	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2	Programmgesteuertes Verarbeiten von Einwohnerdaten	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.1	für Lohnsteuer und Wahlen	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.2	für den Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A/C
3.2.201	Führen von Gesundheitskarteien	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.202	Bereitstellen von Daten für Impfungen	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.203	Bereitstellen von Daten für Röntgenreihenuntersuchungen	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.204	Führen des Gewerberegisters																
3.2.205	Führen der Kraftfahrzeughalterkartei																
3.2.206	Führen der Führerscheinkartei																
3.2.207	Bereitstellen der Daten für die Wehrrfassung	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.208	Bereitstellen der Daten für den zivilen Bevölkerungsschutz																
3.2.209	Bereitstellen von Daten über Ausländer																
3.2.210	Selektierter Adressenausdruck für die freiwillige Polizeireserve (Berlin)	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.21	Überwachen der Ablaufdaten von Reisepässen und Personalausweisen	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.212	Erfassen der 21jährigen für das Zentralmeldeamt der Bundespolizeidirektion (Österreich)																
3.2.213	Bereitstellen von Daten für Obdachlose	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.3	für sonstige Funktionen	A	C	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
3.2.301	Bereitstellen der Daten für die Schöffenauswahl																

3.2.302	Führen der Kartei für die Jugendpflege	C							A
3.2.303	Bereitstellen von Daten für Jungbürger	A	C	A	C			C	A
3.2.304	Bereitstellen von Daten über Schulanfänger	A	C	A	C	A	A	C	A
3.2.305	Bereitstellen von Daten über Alters- und (oder) Ehejubilare								
3.2.306	Bereitstellen von Daten für das Adreßbuch	A	C	A	C	A	A	C	A
3.2.307	Bereitstellen von Daten für die Kirchengemeinden	A	C	A	A	A	A	C	A
3.2.308	Bereitstellen von Daten über kinderreiche Familien	A	C	A	A	A	A	C	A
3.2.309	Bereitstellen von Daten für die Heimaufsicht nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz	C		C	A	A	A	C	A
3.2.310	Zentralregister aller Personenstandsfälle	A							
3.3	Entscheidungshilfen im Einwohnerwesen	C	A	F	A			C	A
3.3.1	Statistiken, auch unter Einbeziehung überörtlicher Daten	C	A	F	A	A		A	F
3.3.2	Strukturanalysen, auch unter Einbeziehung überörtlicher Daten								
3.3.3	Prognosen, auch unter Einbeziehung überörtlicher Daten	C	A	F	A	A		A	F
		C	A	F	S	A			F

Funktionsgruppe Bauwesen

4.1	Einrichtung und Fortführung der Datenbank für Grundstücksdaten (Liegenschaftskataster)	F				A	C	A	A	C
4.1.1	mit den Folgedateien	F				A	C	A		
4.1.11	Grenzpunktkoordinaten	F				A		A		F
4.1.112	Wertkataster									
4.1.113	Städtische Grundstücke									
4.1.114	Ortsbaurecht					A	C			
4.1.12	mit den Sachdateien für alle Fachbereiche des Bauwesens					A	F			
4.1.121	Richtwerte für Kosten und Zeitaufwand									
4.1.122	Standardleistungskatalog einschl. Kurztexzte					A	F	A	A	A
4.1.123	Mittelpreistabellen					A	A	A		
4.1.124	Städtische Gebäude					A				
4.1.2	Straßenknoten (Straßenkataster) mit den Folgedaten									
4.1.21	Netznotenfolge					A				

A = Assembler — C = Cobol — F = Fortran — S = Sonstige

Bonn
 Gütersloh
 Hagen
 Köln
 Mettmann
 Mülheim/Ruhr
 Münster
 Paderborn
 Rhein-Sieg/
 Oberberg
 Wuppertal

4.1.22	Stationierungsdaten							
4.1.23	Querschnittsdaten							
4.1.24	Streckendaten							
4.1.3	Bauwerksdaten	A						
4.1.4	Daten der Abwässerbeseitigung (Kanalkataster)	A	F					A
4.1.5	Daten der Versorgungsbetriebe (Leitungskataster)							C/F
4.1.6	Daten der öffentlichen Wasserläufe und Gewässer	C						
4.2	Programmgesteuertes Verarbeiten von Daten für	C						
4.2.1	Funktionskreis „Stadtentwicklungsplanung“	F						A
4.2.2	Funktionskreis „Investitionsplanung und -kontrolle“	F						A
4.2.21	Langfristige Investitionsplanung							
4.2.22	Mittelfristige Investitionsplanung							
4.2.23	Investitionskontrolle							
4.2.3	Funktionskreis „Flächennutzungsplanung“							A
4.2.31	Entwurf							
4.2.32	Kostenschätzung							F
4.2.4	Funktionskreis „Bebauungsplanung“							
4.2.41	Entwurf							F
4.2.42	Kostenschätzung							
4.2.5	Funktionskreis „Bodenordnende Maßnahmen“							
4.2.51	Ermittlung von Grundstückswerten							F
4.2.511	Kaufpreissammlung und Richtwerte							
4.2.512	Vorbereitung Verkehrswert-Gutachten							A
4.2.52	Umlegung							F
4.2.521	Bestandsverzeichnis aus dem Liegenschaftskataster							A

4.2.522	Erstellung von Bestandsplänen				F	
4.2.523	Richtwerte für Bodenwertermittlung					
4.2.524	Zuteilungsberechnung (u. a. Vermessungstechnische Berechnungen)	F		F	F	F
4.2.525	Aufstellung des Umlegungsplanes					
4.2.53	Sanierung		A			
4.2.531	Bestandsaufnahme		A			
4.2.54	Grenzregelung					
4.2.541	Bestandsverzeichnis aus dem Liegenschaftskataster (s. 2.521)		A	A		A
4.2.55	Enteignung und Grundstückskauf					
4.2.551	Bestandsverzeichnis aus dem Liegenschaftskataster (s. 2.521)			A		A
4.2.552	Richtwerte für Bodenwertermittlung (s. 2.523)					
4.2.6	Funktionskreis „Objektentwurf und -ausführung“	F	A	F		
4.2.61	Kostenschätzung		A			
4.2.62	Entwurf	F	A			
4.2.621	Hochbau		A			
4.2.6211	Geländeaufnahme		F	F		
4.2.6212	Massenermittlung		F	F	F	
4.2.6213	Statik					
4.2.6214	Wärmebedarf					
4.2.6215	Lichtmengen					
4.2.6216	Akustik					
4.2.622	Straßenbau				F	F
4.2.6221	Grundriß				F	F
4.2.6222	Aufriß (Gradienten, Decken, Planum)				F	F
4.2.6223	Geländeaufnahme (s. 2.621)				F	F
4.2.6224	Massenermittlung (s. 2.6212)				F	F
4.2.6225	Überprüfung der Linienführung				F	F
4.2.6226	Bauwerksabsteckung				F	F
4.2.623	U-Bahn-Bau				F	F

A = Assembler — C = Cobol — F = Fortran — S = Sonstige

	Bonn	Gütersloh	Hagen	Köln	Mettmann	Mülheim/Ruhr	Münster	Paderborn	Rhein-Sieg/ Oberberg.	Wuppertal
4.2.6231 Grundriß (s. 2.6221)						F				
4.2.6232 Aufriß (s. 2.6222)						F				
4.2.6233 Geländeaufnahme (s. 2.6211)				F		F				
4.2.6234 Massenermittlung (s. 2.6212)	F			F		F				
4.2.6235 Statik (s. 2.6213)						F				
4.2.6236 Bauwerksabsteckung (s. 2.6226)	F			F		F				
4.2.624 Tunnelbau						F				
4.2.6241 Grundriß (s. 2.6221)				F		F				
4.2.6242 Aufriß (s. 2.6222)										
4.2.6243 Geländeaufnahme (s. 2.6211)				F						
4.2.6244 Massenermittlung (s. 2.6212)										
4.2.6245 Statik (s. 2.6213)										
4.2.6246 Bauwerksabsteckung (s. 2.6226)				F						
4.2.625 Brückenbau										
4.2.6251 Grundriß (s. 2.6221)	F									
4.2.6252 Aufriß (s. 2.6222)										
4.2.6253 Geländeaufnahme (s. 2.6211)				F						
4.2.6254 Massenermittlung (s. 2.6212)	F			F						
4.2.6255 Statik (s. 2.6213)										
4.2.6256 Bauwerksabsteckung (s. 2.6226)				F						
4.2.626 Kanalbau										
4.2.6261 Grundriß (s. 2.6221)	F		F	F						
4.2.6262 Aufriß (s. 2.6222)			F	F						
4.2.6263 Geländeaufnahme (s. 2.6211)			F	F						
4.2.6264 Massenermittlung (s. 2.6212)	F		F	F		F				

4.2.6265	Hydraulik	F						
4.2.6266	Bauwerksabsteckung (s. 2.6226)		F					F
4.2.627	Grundriß (s. 2.6221)	F						
4.2.6272	Aufriß (s. 2.6222)							F
4.2.6273	Geländeaufnahme (s. 2.6211)							F
4.2.6274	Massenermittlung (s. 2.6212)							F
4.2.6275	Statik (s. 2.6213)							F
4.2.6276	Hydraulik (s. 2.6263)							
4.2.6277	Bauwerksabsteckung (s. 2.6226)							
4.2.628	Deichbau							
4.2.6281	Grundriß (s. 2.6221)							
4.2.6282	Aufriß (s. 2.6222)							
4.2.6283	Geländeaufnahme (s. 2.6211)							
4.2.6284	Massenermittlung (s. 2.6212)							
4.2.6285	Statik (s. 2.6213)							
4.2.6286	Bauwerksabsteckung (s. 2.6226)	A	A	A	A	A	A	F
4.2.63	Kostenanschlag	A	A	A	A	A	A	F
4.2.64	Ausschreibung	A	F	A	A	A	A	F
4.2.65	Angebotsauswertung	A	A	F	A	A	A	F
4.2.66	Mittelüberwachung (s. auch Funktionsgruppe Finanzwesen)					A		
4.2.67	Leistungserfassung als Rechnungsgrundlage	F		F				
4.2.671	Massenermittlung (s. 2.6112)	F		F				
4.2.672	Prüfung						F	
4.2.68	Abrechnung (Verwendungsnachweis, Revisionsnachweis)	F		F				
4.2.7	Funktionskreis „Objektverwaltung“	F	C					
4.2.701	Verkehrszählung			F			A	A
4.2.7011	Fließender Verkehr			F			F	F
4.2.7012	Ruhender Verkehr			F			F	F
4.2.702	Berechnung von Steuerungsprogrammen für Signalanlagen						A	A
4.2.703	Verkehrsabhängige Steuerung von Signalanlagen	F						

A = Assembler — C = Cobol — F = Fortran — S = Sonstige

- 4.2.704 Energie- und Wärmebilanz
 4.2.705 Bewirtschaftung und Betrieb von Gebäuden
 4.2.706 Bauwerksüberwachung
 4.2.707 Führung und Fortführung des Kanalbetriebsvermögens
 (vgl. auch Funktionsgruppe Finanzwesen)
 4.2.708 Hydraulik Kanalnetzrechnungen (s. 2.6163)
 4.2.709 Registrierung und Auswertung von Regenmessungen,
 Grundwasserständen und Wasserstandsmessungen
 4.2.710 Lagerhaltung von Bau- und Betriebshöfen (vgl. auch Funk-
 tionsgruppe Finanzwesen)

F A C

Funktionsgruppe Dokumentation und Information

- 5.1 Dokumentation für
 5.1.11 Bücher und sonstiges Schriftgut
 5.1.12 Archivalien
 5.1.13 den medizinischen Bereich
 5.1.14 den kriminalpolizeilichen Bereich
 5.1.15 den rechtlichen Bereich

A A
 A A C
 A/C
 A C

Funktionsgruppe wissenschaftliche Berechnungen

- 6.1 Wissenschaftliche Berechnungen für
 6.1.11 Netzwerke (Netzplantechnik)
 6.1.12 Regionalpläne
 6.1.13 die Verfahrensforschung (operation research)
 6.1.14 den medizinischen Bereich (z. B. Nuklearmedizin)

F F
 F F A A